

Suldaer Zeitung

Erzcheim täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Bezugspreis ohne Frangiergeld und Befreiung in Sulda 1.50 Mark. ...
Suldaer Actendruckerei in Sulda. Fernsprecher Nr. 9.

Wochen-Belag: = = =
Illustrierte Sonntagszeitung = = =
Monats-Belag: = = =
Suldaer Geschichtsblätter = = =
Zielungslisten der preussisch-süddeutschen Klassen-Lotterie. — Halbjährlich Casinofahrplan.

Anzeigen: Der Raum einer halben Seite, 10 Zeilen, kostet 10 Pf. ...
Kleinanzeigen: Der Raum einer halben Seite, 10 Zeilen, kostet 10 Pf. ...

Nr. 33. Erstes Blatt. Dienstag den 10. Februar 1914. 41. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 9. Februar 1914.

Grundriss wird die Genehmigung zur Durchführung eines Verwaltungsverfahren gegen den Abg. ...
Abg. Zinkowich (Wp.): Die konfessionellen Verhältnisse werden auf dem Gebiete des Schulwesens viel zu geringfügig berücksichtigt. Dabei werden wichtiger Aufgaben übersehen. ...

Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...
Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...

Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...
Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...

Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...
Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...

Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...
Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...

Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...
Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...

Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...
Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...

Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...
Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...

Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...
Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...

Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...
Abg. Kühle (Wp.): Die Erhebungen über den Umfang und die Art der Kinderarbeit ...

Abg. Antik (Wp.): In einer Rede eine sozialdemokratische Resolution auf Regelung der Verhältnisse des Kranken- und Pflegepersonals.

Abg. Dr. Gerlach (Zp.): Es ist für wünschenswert und bis zu einem gewissen Grade notwendig, daß das Krankenpersonal nicht nur theoretische, sondern auch praktische Lehrgänge besucht. ...

Abg. Dr. Gerlach (Zp.): Es ist für wünschenswert und bis zu einem gewissen Grade notwendig, daß das Krankenpersonal nicht nur theoretische, sondern auch praktische Lehrgänge besucht. ...

Abg. Dr. Gerlach (Zp.): Es ist für wünschenswert und bis zu einem gewissen Grade notwendig, daß das Krankenpersonal nicht nur theoretische, sondern auch praktische Lehrgänge besucht. ...

Abg. Dr. Gerlach (Zp.): Es ist für wünschenswert und bis zu einem gewissen Grade notwendig, daß das Krankenpersonal nicht nur theoretische, sondern auch praktische Lehrgänge besucht. ...

Abg. Dr. Gerlach (Zp.): Es ist für wünschenswert und bis zu einem gewissen Grade notwendig, daß das Krankenpersonal nicht nur theoretische, sondern auch praktische Lehrgänge besucht. ...

Abg. Dr. Gerlach (Zp.): Es ist für wünschenswert und bis zu einem gewissen Grade notwendig, daß das Krankenpersonal nicht nur theoretische, sondern auch praktische Lehrgänge besucht. ...

Abg. Dr. Gerlach (Zp.): Es ist für wünschenswert und bis zu einem gewissen Grade notwendig, daß das Krankenpersonal nicht nur theoretische, sondern auch praktische Lehrgänge besucht. ...

Abg. Dr. Gerlach (Zp.): Es ist für wünschenswert und bis zu einem gewissen Grade notwendig, daß das Krankenpersonal nicht nur theoretische, sondern auch praktische Lehrgänge besucht. ...

Abg. Dr. Gerlach (Zp.): Es ist für wünschenswert und bis zu einem gewissen Grade notwendig, daß das Krankenpersonal nicht nur theoretische, sondern auch praktische Lehrgänge besucht. ...

Abg. Dr. Gerlach (Zp.): Es ist für wünschenswert und bis zu einem gewissen Grade notwendig, daß das Krankenpersonal nicht nur theoretische, sondern auch praktische Lehrgänge besucht. ...

find in ganz niedriger Weise gestiegen worden. Ich bedauere lebhaft, daß das Zentrum im Reichstag den Postbeamten in der Ostmark die Zulage nicht bewilligt. ...

Abg. Hinz (Zp.) meint daher, daß die Gemeinden die Übernahme der Staatskosten der höheren Schulen, der Volkshochschulen, der Armenhäuser durch den Staat verlangen. ...

Abg. Hinz (Zp.) meint daher, daß die Gemeinden die Übernahme der Staatskosten der höheren Schulen, der Volkshochschulen, der Armenhäuser durch den Staat verlangen. ...

Abg. Hinz (Zp.) meint daher, daß die Gemeinden die Übernahme der Staatskosten der höheren Schulen, der Volkshochschulen, der Armenhäuser durch den Staat verlangen. ...

Abg. Hinz (Zp.) meint daher, daß die Gemeinden die Übernahme der Staatskosten der höheren Schulen, der Volkshochschulen, der Armenhäuser durch den Staat verlangen. ...

Abg. Hinz (Zp.) meint daher, daß die Gemeinden die Übernahme der Staatskosten der höheren Schulen, der Volkshochschulen, der Armenhäuser durch den Staat verlangen. ...

Abg. Hinz (Zp.) meint daher, daß die Gemeinden die Übernahme der Staatskosten der höheren Schulen, der Volkshochschulen, der Armenhäuser durch den Staat verlangen. ...

Abg. Hinz (Zp.) meint daher, daß die Gemeinden die Übernahme der Staatskosten der höheren Schulen, der Volkshochschulen, der Armenhäuser durch den Staat verlangen. ...

Abg. Hinz (Zp.) meint daher, daß die Gemeinden die Übernahme der Staatskosten der höheren Schulen, der Volkshochschulen, der Armenhäuser durch den Staat verlangen. ...

Abg. Hinz (Zp.) meint daher, daß die Gemeinden die Übernahme der Staatskosten der höheren Schulen, der Volkshochschulen, der Armenhäuser durch den Staat verlangen. ...

im Jahre 1911 und dann wiederum im Jahre 1913 hat die Ausschussbehörde gegen Kriminalkommissar ...

Abg. Padonke (Wp.): Das Verbot der Berliner Schulpflichterhöhung halten wir nicht für gerechtfertigt. ...

Abg. Padonke (Wp.): Das Verbot der Berliner Schulpflichterhöhung halten wir nicht für gerechtfertigt. ...

Abg. Padonke (Wp.): Das Verbot der Berliner Schulpflichterhöhung halten wir nicht für gerechtfertigt. ...

Abg. Padonke (Wp.): Das Verbot der Berliner Schulpflichterhöhung halten wir nicht für gerechtfertigt. ...

Abg. Padonke (Wp.): Das Verbot der Berliner Schulpflichterhöhung halten wir nicht für gerechtfertigt. ...

Abg. Padonke (Wp.): Das Verbot der Berliner Schulpflichterhöhung halten wir nicht für gerechtfertigt. ...

Abg. Padonke (Wp.): Das Verbot der Berliner Schulpflichterhöhung halten wir nicht für gerechtfertigt. ...

Abg. Padonke (Wp.): Das Verbot der Berliner Schulpflichterhöhung halten wir nicht für gerechtfertigt. ...

Abg. Padonke (Wp.): Das Verbot der Berliner Schulpflichterhöhung halten wir nicht für gerechtfertigt. ...

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 9. Februar 1914.

Die zweite Beratung des Glatts des Jannens wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Gerlach (Zp.): In dem Kapitel „Ministergehalt“ findet eine allgemeine Besprechung statt. ...

Abg. Dr. Gerlach (Zp.): In dem Kapitel „Ministergehalt“ findet eine allgemeine Besprechung statt. ...

Abg. Dr. Gerlach (Zp.): In dem Kapitel „Ministergehalt“ findet eine allgemeine Besprechung statt. ...

Abg. Dr. Gerlach (Zp.): In dem Kapitel „Ministergehalt“ findet eine allgemeine Besprechung statt. ...

Abg. Dr. Gerlach (Zp.): In dem Kapitel „Ministergehalt“ findet eine allgemeine Besprechung statt. ...

Abg. Dr. Gerlach (Zp.): In dem Kapitel „Ministergehalt“ findet eine allgemeine Besprechung statt. ...

Abg. Dr. Gerlach (Zp.): In dem Kapitel „Ministergehalt“ findet eine allgemeine Besprechung statt. ...

Die Frage der preussischen Wahlreform

wird neuerdings von nationalliberaler Seite wieder angeschnitten.

Der Abg. Dr. v. Campe erörtert in den Nationalparlamentarier die Ungleichheit der Wahlweise und macht Vorschläge zu einer Reform. ...

Der Abg. Dr. v. Campe erörtert in den Nationalparlamentarier die Ungleichheit der Wahlweise und macht Vorschläge zu einer Reform. ...

Der Abg. Dr. v. Campe erörtert in den Nationalparlamentarier die Ungleichheit der Wahlweise und macht Vorschläge zu einer Reform. ...

Der Abg. Dr. v. Campe erörtert in den Nationalparlamentarier die Ungleichheit der Wahlweise und macht Vorschläge zu einer Reform. ...

Ein Beitrag zur Geschichte der Maulbeerpflanzung in Sulda.

In dem interessanten Artikel: „Die Maulbeerpflanzung und Seidengewinnung in Hessen-Kassel und Sulda“, (siehe Suldaer Ztg. Nr. 19 und 25: aus Welt und Wissen) bedauert der Herr Verfasser, daß es nicht mehr bekannt sei, wo die von Fürstbischof Heinrich VIII. von Bistum beduht der Seidengewinnung angelegte Maulbeerpflanzung ihre Stelle gehabt habe. ...

In seinem Bächlein „Der hl. Sturm“ (Sulda 1886) spricht H. Z. K. in dem topographisch wertvollen Anhang auch von der alten Quade Mühle, dem später Dattmann'schen Haus in der Kronhofstraße, das im vorigen Jahre abgetragen wurde. ...

Die Herstellung der Seide soll, einer anderen Nachricht zufolge, in dem allerliebsten kleinen Häuschen an der Ecke des Dombachens gegenüber dem Hofe der Seidenmanufaktur, die früher zum Betrieb der Seidenmanufaktur mit Maulbeerbäumen besetzt gewesen, vorüber, sodann an dem im vorigen (18.) Jahrhundert einem Propst angehörenden unmanierten Garten „Blumenmauer“ hin, nach der Sulda laufe. ...

Wenn es nun wahr ist, daß der Fürstbischof Heinrich VIII. gottesdienstliche Gewänder aus selbstgezoener Seide getragen hat, dann wäre es ein gar freundlicher Gedanke, daß den alten Seidenstoffen, welche jetzt von den kunstfertigen Händen der verdienten Damen vom Kloster in die Verarbeitung werden, just an der Stelle ihrer Entstehung wieder zu neuem Glanze verhelfen werden.

so viel über angelegen sein lies, aber darüber Klage äußerte, daß die mit den Götzenfeldern verpachtete herrschaftliche Schäferei seine jungen Pflanzen verderbe, jedenfalls der alte Suldaer Finanzrat dieses Namens gewesen ist. ...

Es erinnert mich dies aber an ein kleines ergötzliches Erlebnis. Vor zwei Jahren lebte ich mit einer Bekannten gelegentlich eines Wäldchens in einem dem Götzenhof nachgelagerten Orte ein. ...

Mit ihrer schönen Schilderung aus dem „Tagebuch zu Goethe's Briefwechsel mit einem Kinde“, will ich meine Plauderei beschließen.

Aber da war ein hoher Baum mit seinen prachtvollen Zweigen, dreien Sammelblättern, die sich wie ein Laubdach ausbreiteten. ...

Wohlerzogene Kinder zu besitzen, ist gewiß der Wunsch aller Eltern. Die Ansichten über Wohlerzogenheit sind allerdings sehr verschieden. ...

Wohlerzogene Kinder zu besitzen, ist gewiß der Wunsch aller Eltern. Die Ansichten über Wohlerzogenheit sind allerdings sehr verschieden. ...

Wohlerzogene Kinder zu besitzen, ist gewiß der Wunsch aller Eltern. Die Ansichten über Wohlerzogenheit sind allerdings sehr verschieden. ...

gleich, Herr v. Campe will nicht radikal vorgehen, sondern den Rechten der kleinen Wahlkreise eine gewisse Schonung angedeihen lassen. Aber sein Vorschlag kommt doch auf nichts anderes hinaus, als daß die ländlichen Wahlkreise eine beträchtliche Anzahl von Mandaten einbüßen und die dichter besiedelten, städtischen Wahlkreise eine beträchtliche Anzahl von Mandaten (sowohl absolut als relativ) gewinnen sollen. Das ist eine sehr heikle Frage, in der nicht allein die prinzipiellen Aufstellungen, sondern auch die sehr realen Interessen der Parteien auf einander wirken. Wenn man nun die ungeheure Schwierigkeit der Neuordnung der Wahlkreise in Zusammenhang bringt mit der gewünschten Verbesserung des Wahlverfahrens, so geht es am Ende der Wahlreform wie dem Aesop'schen Esel, der sich ein Hindel Schwanz auf den Rücken gebunden hatte, ehe er in den Fluß stieg. Hat denn die Reform des Wahlverfahrens nicht schon genug und überaus schwierige Aufgaben zu überwinden? Wer zum Ziele gelangen will, darf nicht beide Fragen auf einmal lösen wollen, sondern muß erst die eine Aufgabe erledigen, um sich dann mit frischen Kräften der zweiten zuzuwenden.

Wir gehen auf die Einzelheiten des Camp'schen Planes der Mandatsverteilung gar nicht ein, weil nach unserer Ansicht erst die Verbesserung des Wahlverfahrens für sich allein betrachtet und behandelt werden muß.

Zu diesem Punkte macht nun die Berliner „Nat. Zig.“ Ausführungen in dem Sinne, daß die Regierung für die Einführung der geheimen und direkten Wahl im Abgeordnetenhaus sehr wohl eine Mehrheit finden konnte. Demgegenüber müssen wir abermals hervorheben, daß die Wahlreform auch eine Mehrheit im Herrenhaus finden muß. Weshalb soll die Zustimmung des Herrenhauses kommen, wenn die Konserverativen im Abgeordnetenhaus in die Opposition und in die Minderheit gedrängt worden sind? Auf friedlichem Wege ist die Wahlreform nur durchzuführen, wenn die konstitutionäre Partei dafür gewonnen ist. Von dieser Erkenntnis geleitet, hatte das Zentrum bei der Beratung der letzten Wahlreformvorlage der Regierung mit den Konservativen das Versprechen geschlossen, daß die wertvolle Vermögenskraft der geheimen Wahl sichern konnte. Es ist leider geschehen; warum und wie, das wollen wir nicht von neuem erörtern. Seit der Zeit steht die Sache auf dem toten Strand.

Die Regierung mag sich mit der nationalliberalen Reaktion darüber auseinandersetzen, wer die größere Schuld an dem Scheitern dieses Versuches trägt. Aber wenn wir jetzt von der Regierung fordern, daß sie schnell und mit voller Kraft einen neuen Anlauf mache, so darf der Realpolitiker sich nicht verhehlen, daß durch die so preußische Bewegung die Sache erschwert worden ist. In den altpreußischen, ländlichen Kreisen ist offenbar die Lust und die Kraft zur Verteidigung des alten preußischen Wahlverfahrens gestiegen, und wenn die Regierung die Durchführung der Reform erzwängen wollte, so würde sie in die grimmigsten Kämpfe mit den „echt preußischen“ Männern verwickelt werden.

Die Rechtsbildung im Abgeordnetenhaus steht freilich verhältnismäßig leicht aus, aber auch da gibt es einen schlimmen Haken. Die nationalliberale Partei will nach wie vor, was auch der jüngste Artikel jagt, die Errichtung in der ganzen Gemeinde (oder Wahlkreis) einführen, während das Zentrum sich für die Einführung in den einzelnen Wahlbezirk und schließlich in den einzelnen Wahlbezirk. Das ist zum Ausdruck der philosophischen Einwirkungen der neuen Staatslehre eingeführt worden und kann nicht aufgehoben werden, falls nicht eine gleichwertige Garantie gegen das Übergewicht der großen Steuerzahler geboten würde, wozu aber noch keinerlei Aussicht besteht.

Tarim geht unser „Vorschlag zur Güte“ dahin, daß die nationalliberale Partei, wenn sie wirklich eine wahre Reform in Gang bringen will, zunächst einmal klar und bündig auf ihre Sonderwünsche wegen der Errichtung und überhaupt auf jede Verfeinerung des plebiszitären Charakters des Wahlverfahrens verzichtet. Was dahin haben die Reden und Artikel über die Reformen keinen realpolitischen Wert.

Deutsches Reich.

• Berlin, 9. Okt. 1914. Der Kaiser nahm in Potsdam am Ost des Jahresfestes seines Geburtstages in das erste Garderegiment an einer Fete im Regimentshaus teil. — Der preussische Staat verlor die 2400 Morzen große Domäne Altessepp bei Halle an der Saale für 1200000 Mk. an die Gemeinde Altessepp. — Nach Statistiken soll die Staatskasse des Reiches, seit dem 1. Jan. v. J. mit einer Million von Einnahmen vermindert haben. Der Staatshaushalt im 50. Jahre alt. — Der Prinz von Pratten wurde in Genua von einem Anarchisten ermordet. — Der Kaiser wird nach Wien reisen.

— **Ruf es denn ein Stadter sein?** Unter diesem Titel gelangt eine Parodie in der „Leutschen Zeitung“ (1914, Nr. 4) in höchst interessanter Weise die Luste der Abwanderung der Landbewohner wie folgt: „Väterlich ist, wie heututage unsere Landbewohner hinüberziehen nach der Stadt und ihres Vergnügens Sehnsucht danach, einen Stadter zu sein. Das ist das Beste, was man sich denken kann, und man zieht einen Stadter mit 125 Mark Monatsgehalt einem heillosen, kränklichen, wohlhabenden Bauernsohn vor. Und warum? Er, weil man mit dem Stadter ein feines Leben hat, schöne Kleider kaufen kann und zu den sogenannten feinen Leuten gehört, weil man in der Stadt allenfalls viel Vergnügen und jeden Monat 125 Mark Gehalt im Hause hat. Kann man sich ein schöneres Leben denken? ... Da liegen sie dann in der Stadt und spielen die Stadter so ungeschickt und unruhig wie möglich, und merken's vor lauter Wichtigkeit nicht, wie die Stadter heimlich über sie lachen, weil sie sich da und dort nicht richtig benehmen können. Sie sind dann ein Zwischenstück zwischen Stadt und Land, ein nicht und das andere auch nicht, sie werden dann unglücklich und spielen die unglückliche Rolle in der Stadt, wo sie doch dachim im Dorfe die Hauptperson hätten sein können. Und wenn sie dann zur Kirchweih oder so hincommen in feiner Kleidung und Reden, gleich's ihnen nicht, wenn sie sagen, es sei alles eine Lust und Freude in der Stadt. Es geht und ging nicht alles so glatt und ungetrübt, wie es den Anschein hat, es gibt keine, die in der Stadt nicht hat müssen bittere Bittern schlucken. Und die Sehnsucht nach der Heimat, sie schaut ihnen doch aus den Augen, auch wenn sie sie leugnen und, wenn eine hat mir zugegeben, daß die 125 Mark gar schnell verbraucht sind im Monat, wenn man alles kaufen muß, und daß sie nicht wüßte, was tun, wenn sie nicht wüßten hätte. Und trotzdem habe sie fetter im Topf gefressen dachim im Dorfe als jetzt in der Stadt. — Es wäre zu wünschen, diese Bauernfrau läge wieder auf dem Lande, und es möchte sich manches Bittern schlucken, ehe es zu spät ist.“

— **Recht auch des Lebens!** Es gibt viele Men-

solge werden auf der ersten Reise des Dampfers „Cap Roanoke“ der Ham-burg-Südamerikanische Schiffsabteilung (Hochseer) der J. J. auf der Rückreise für die Hamburg-Südamerikanische Schiffsabteilung gebaut wird, am 10. März mit nach Buenos-Aires laden und demselben Schiff wieder nach Deutschland zurückführen.

• **Der Generalkonrad zum Wehrbeitrag** bringt — soweit sich jetzt schon fest — ungeahnte Vermögen zum Vorschein. Es geht sich, daß der Reichsraum in Preußen viel größer ist, als man bisher geglaubt hat. Denn bisher sind ungewöhnlich hohe Vermögen nicht versteuert worden. Und nur in wenigen Fällen sind Steuerfänger, so schreibt die Neue Gesellschaftliche Korrespondenz, zur Verantwortung gezogen worden. Denn die Steuerbehörde kann natürlich nur in ganz frohen Fällen ein besonderes Ermittlungsverfahren einleiten. Am letzten Jahre wurden insgesamt 2560 Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung anhängig gemacht, 456 mehr als im Vorjahre. Die meisten in der Regierungsbekanntmachung, in dem die Berliner Vorrede liegen. Hier wurden 440 Strafverfahren eingeleitet, in Berlin selbst nur 391. Dann folgen die Regierungsbezirke Arnberg mit 174, Düsseldorf mit 192, Münster mit 119 und Kassel mit 109 Strafverfahren. Ohne Strafverfahren war kein einziger Regierungsbezirk. Die besten Bezirke waren Altkreis und Sigmaringen mit nur je 2 Verfahren. An Strafen und Nachsteuern wurden rund 1 700 000 Mark eingezogen. Dazu trafen noch mehr als 400 000 Mk. Nachsteuern aus Strafverfahren, wenn ein verbotener Steuerpflichtiger Steuern vorenthalten hatte. Im ganzen hat dem Staat also durch strenge Steuerkontrolle mehr als 2 Millionen Mark zugefließen.

— **Ueber die Gültigkeit der Kabinettsorder von 1826** und damit der Dienstvorschrift von 1899 sind, wie man weiß, amtliche Untersuchungen eingeleitet worden. Der Reichskanzler hatte im Parlament noch besonders verhandelt, daß die Untersuchung mit amtlicher Befehlsmacht stattfinden soll. Aber allem Anschein nach huldigt man in den beteiligten Ressorts dem Grundgedanken: „Eile mit Weile“. Bis jetzt ist nämlich noch keine Entscheidung über die Gültigkeit oder Ungültigkeit erfolgt, sie steht auch so bald nicht zu erwarten. Denn wie man hört, ist man nachdem zunächst das Kriegsministerium sich mit der Frage beschäftigt hat, zuerst in anderen Ressorts, vor allem im preussischen Justizministerium und im Reichsjustizamt, bemüht, die rechtlichen Unterlagen der Dienstvorschriften festzustellen. Die dort gepflogenen Untersuchungen dauern noch an. Es kann aber bereits gesagt werden, daß die Nichtgültigkeit in juristischen Kreisen zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß die Frage der Rechtsgültigkeit verneint werden muß. Das Bestreben der in Frage kommenden Instanzen geht dahin, eine strenge Scheidung der Kompetenzen der Justiz- und Militärbehörden zu schaffen. Der Lösung dieser Aufgabe stellen sich aber juristische und staatsrechtliche Schwierigkeiten entgegen.

• **Die Gewerbeordnungsnovelle.** In seiner letzten Sitzung hat der Bundesrat der Kreuzzug, zufolge der Novelle keine Zustimmung erteilt, durch die 8 Paragraphen der Gewerbeordnung über das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe abgeändert werden sollen. Von besonderem Interesse ist in dieser Vorlage die Regelung der kinematographischen Vorführungen. Gegenwärtig bedarf der Erlaubnis der Ortspolizeibehörde, wer gewerbemäßig Zirkel, Sessels- und deklamatorische Beiträge, Schaulustspiele, Sessels- und deklamatorische Vorstellungen, ohne daß ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet, in seinen Wirtschaften oder sonstigen Räumen öffentlich veranstalten will. Unter diese Bestimmungen sollen die kinematographischen und phonographischen Vorführungen nicht, wenn sie ohne Sessels- oder deklamatorische Beiträge gehalten werden. Jetzt kann die Erlaubnis für die in § 33 enthaltenen Vorführungen auch verweigert werden, wenn der Verhältnis des Gemeindebezirks entsprechenden Anzahl von Personen die Erlaubnis bereits erteilt ist. Die Bestimmungen werden dann in Zukunft auch auf die Kinematographen ausgedehnt werden, deren Konzession damit von dem Bedürfnis abhängig gemacht wird. Dieser Paragraph soll auch noch eine wichtige Erweiterung erfahren. Es soll nämlich die Ortspolizeibehörde befugt sein, Veranstaltungen von Musikführungen in Schandwirtschaften oder an anderen öffentlichen Orten zu untersuchen, wenn dadurch die Schandwirtschaft erheblich beeinträchtigt wird. Gegenwärtig ist ein Einspruch der Aufsichtsbehörde nur möglich, wenn der Nachweis einer Gefährdung der Gesundheit der Einwohner erbracht werden kann.

• **Der Kaiser nach Mexiko.** Die Reichsregierung hat dem Kaiser eine amerikanische Regierung das heilige Heiligtum der Waffenruhe nach der Republik Mexiko angeboten. Es dürfte zu befürchten sein, daß dadurch die Revolution einen neuen Aufschwung nehmen wird. Die Kaiserliche Regierung hat dem Kaiser eine amerikanische Regierung das heilige Heiligtum der Waffenruhe nach der Republik Mexiko angeboten. Es dürfte zu befürchten sein, daß dadurch die Revolution einen neuen Aufschwung nehmen wird. Die Kaiserliche Regierung hat dem Kaiser eine amerikanische Regierung das heilige Heiligtum der Waffenruhe nach der Republik Mexiko angeboten. Es dürfte zu befürchten sein, daß dadurch die Revolution einen neuen Aufschwung nehmen wird.

— **Das kostbare Versehen Pöhlmanns** können unsere Damen in Zukunft voraussichtlich aus unseren eigenen Kolonien beziehen. Pöhlmanns stammen nicht, wie man nach dem Namen vermutet, aus Per-

deutscherlei anerkannten gegenwärtigen Präsidenten der mexikanischen Republik bedeutet gestützt und die Wiederherstellung der Ruhe entzweien erwidert wird. Ist der Reichskanzler in der Lage, Auskunft darüber zu geben, ob der kaiserlichen Regierung mit Rücksicht auf die durch die andauernden Unruhen in Mexiko immer gefährdeter deutschen Interessen Mittelamerika über diese Maßregel Kenntnis der mexikanischen Regierung gemacht worden sind?

• **Verabschiedung des Herrn v. Riechenberg.** Die „Nordd. Allg. Zig.“ meldet: Der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Herr v. Riechenberg ist aus dem einwilligen in den bevorstehenden Ruhestand übergetreten und aus diesem Anlaß unter Berücksichtigung des Charakters als Wirklicher Geheimrat mit dem Prädikat Erhebung ausgezeichnet worden. — Diermit, so schreibt die „Nordd. Allg. Zig.“, findet die erfolgreiche Tätigkeit eines der hervorragendsten Männer, die an der Entwicklung unserer Schutzgebiete mitgearbeitet haben, eine wohlverdiente Anerkennung. Sein besonderes Interesse galt der Förderung des Handels, der Erhebung der Landwirtschaft, der Sanierung und dem Ausbau der Verwaltungsanorganisation. Der Ansehensgrad von Deutsch-Ostafrika hat sich während seiner Amtsführung vervielfacht.

• **Nachlässe aus Jöhren.** Wie die „Straßburger Neuen Nachrichten“ aus Jöhren melden, werden dort höhere Offiziere, die sich u. a. mit der Angelegenheit der im Vandureneller Inhabitterien befaßten, deren Schadenersatklagen demnach vor dem Kaiserlichen zur Verhandlung kommen lassen. Den Inhabitterien wurde ein Vergleichsvorschlag gemacht, je 50 Mark angeboten und außerdem sollen die bisher entfallenden Kosten von militärischer Seite gedeckt werden. Es ist noch nicht bestimmt, ob die Klagen den Vorschlag annehmen, da mancher darauf beharren, die Vorfälle vor dem Kaiserlichen vorzulegen zu sehen. — Der des Schöffengericht Rechts hatten sich der Sohn des Trudersbrüder und der Lehrer des Rabener Anseiner's Werke und der Schreinermeister Glad, beide aus Jöhren, wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs und anderer ansehender noch weiser schwerer Körperverletzung zu verantworten. Es handelte sich um den Ueberfall auf den Redakteur der „Straßburger Rundschau“ Hof, im Anfang Februar vorigen Jahres, der im Zusammenhang mit einer Preisbeilage anlässlich der Ferien in Jöhren stand. Wiederbeim wurde zu 100 Mark, Schreinermeister Glad zu 40 Mark Geldstrafe, beide außerdem zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

• **Die Sozialdemokratie** fordern darf ein Beamter auch indirekt nicht durch Wahlhaltung. So hat der Disziplinarrat des Oberverwaltungsgerichts entschieden und einen Gemeindevorsteher, der durch Nichtabgabe seiner Stimme es erlaubte, daß ein Sozialdemokrat in den Schulvorstand kam, zu 80 Mark verurteilt. Als Beamter, heißt es in der Urteilabgründung, hätte er auf jeden Fall verhindern müssen, daß Freunde der heutigen Gesellschaftsordnung und des Staates auf die Schule, die die Kinder auch zu monarchisch geachteten Menschen zu erziehen habe, bestimmenden Einfluß gewänne.

• **Die Geschichtslügen entstehen.** In Dossenheim bei Heidelberg hat's neulich gebrannt. Die „Heidelbergische Zeitung“ hatte in einem Bericht über den Brand bemerkt, daß die Katholiken sich geweiht hätten, zu löschen, weil es nur bei Protestanten brenne. Die „Heidelbergische Zeitung“ hat alsbald ihre Schuldigung zurückgenommen. Es hat nämlich bei Katholiken und Protestanten gebrannt. Der Gemeinderat von Dossenheim hat sofort gegen den Vorwurf auf die Katholiken Verwahrung eingelegt; die Protestanten haben öffentlich erklärt, daß das Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten in Dossenheim ein durchaus gutes sei. Es haben sich selbstverständlich katholische wie protestantische Feuerwehrleute an den Löscharbeiten beteiligt. Auch die norddeutschen Zeitungen, z. B. die „Hamburger“, haben die gewissenlose Behauptung der Kontroversen widerlegt. Trotzdem schreibt Herr Superintendent Dr. Schneider aus Magdeburg in Nr. 3 der „Wissenschaftlichen Wochenschrift der Magdeburger Zeitung“ vom 2. Febr. in einem wissenschaftlichen Vortrag über „Die Anfänge der Toleration unter den brandenburgischen Hohenzollern“:

„Dass aber die quälendste und bitterste in der 20. Jahrhundert noch ebenso unduldsam ist wie im Mittelalter, erwidert man nur zu oft, und es trägt wie echtes Mittelalter, wenn jenseit die katholische Bevölkerung in Dossenheim bei Heidelberg den Feuerdämonen verweigert, weil ja nur die Häuser von Protestanten in Flammen standen.“

Jetzt steht die unwahre Geschichte in der wissenschaftlichen Zeitschrift der „Magdeburger Zig.“ Nach einigen Jahren findet hier ein Kulturhistoriker den wissenschaftlichen Auftrag des Herrn Superintendenten Dr. Schneider und er hat auf diesen einen Vordruck

sen, sondern aus Buchara. Von dort hat die Reichsregierung vor vier Jahren 274 Karakulschafe mit 22 Köden nach Westfalen transportieren lassen, sämtliche aus verschiedenen Herden ausgesuchte beste Tiere. Da die Bedingungen für ein gutes Gedeihen dieser Karakulschafe in Deutschlandswestfalen gegeben sind, so sind auch die Versuche zur Klimatisierung, die mit aller denkbarer Vorsicht vorgenommen werden, bis jetzt nicht unbefriedigend, jedoch wir abermals eine wertvolle Bereicherung unserer Kolonialprodukte zu erwarten haben. Die Versuchsergebnisse haben einen Wert von 20 Mk. das Stück. Preislich mang einen solchen von 30 Mark an schon an Ort und Stelle. Näherlich kommen etwa 1 Million solcher Tiere aus Buchara nach Leipzig, dem einzigen Ort, wo sie gefädelt werden können, und von hier aus gehen sie dann in alle Welt.

— **Theorie und Praxis.** Von den Gelehrten bei Arnis (Ubergang über die Schlei) im preussisch-dänischen Krieg 1864, die sich in diesen Tagen zum 50. Male jährten, erzählte Prinz Friedrich Karl vom General Blumenhals folgende Anekdote: Wir schliefen zusammen in einem Zimmer. Mitten in der Nacht wurde der General gerufen. Er stand auf und gab seine Befehle. Als er sich wieder zur Ruhe legte, wunderte ich mich, daß er gar nicht über den wolle zu lachen. Ich fragte, was denn los sei. Er antwortete: „Ich analysiere mich über die Theorie des Arnies und die Praxis. Da ist eben die große Paradoxie unseres Hauptquartiers angekommen, beschwert sich, daß sie keine Stellung finde, die Artillerie solle nicht in die Nähe kommen. Ich habe gesagt, sie solle weiter marschieren, ins nächste Dorf, das sei noch leer. Nun geht sie über unsere Vorposten hinaus und bildet die Tagesaufbruch die Spitze. Ist das nicht zum Tölpeln? Das Schicksal ist, daß die Artillerie mit 300 000 Talern dabei ist! Aber die Taten unternehmen nichts in diesem Hundewetter auch nichts.“

— **Niemand und Kaiser Wilhelm I.** Eine Anekdote, die für den Ton des Verkehrs zwischen Kaiser Wilhelm I. und seinem Kanzler charakteristisch ist, findet sich in deinen Bande von Verticorum Co-

von der Individualität der bösen Katholiken im Jahre 1914. So entstehen Geschichtslügen!

• **Parlament, 9. Febr. 1914.** Die zweite Kammer des badischen Landtages erklärte in ihrer heutigen Sitzung die Wahl des Abgeordneten Dauer-Offenburg (Ztr.) mit den Stimmen des Großblocks gegen 31 Stimmen der Rechten für ungültig.

• **Die Kasse für Glüh-Lothringen.** Die Kasse für Glüh-Lothringen, die der Kaiser hat den Direktor im preussischen Justizministerium, Wirtl. Geh. Oberjustizrat Dr. Arenken, zum Unterstaatssekretär im Ministerium für Glüh-Lothringen ernannt. Dem neuernannten Unterstaatssekretär wird die Abteilung für Justiz und Kultur übertragen werden. Ferner hat der Kaiser dem Ministerialdirektor im Ministerium für Glüh-Lothringen, v. Traut, die nachgelagerte Die Herabsetzung unter Verleihung des Sterns zum Kommandeur 2. Klasse in Gnaden bewilligt. Dem Ministerialdirektor ist an seiner Stelle der Ministerialrat Cronau ernannt worden.

Ausland.

• **Die Lage der Katholiken in Luxemburg.** Auf Veranlassung von Mitgliedern der luxemburgischen Kammer hat nunmehr der Justizminister gegen Bischof Koppes wegen seiner Ausführungen auf dem deutschen Katholikentag in May über die Freimaurer ein Strafverfahren wegen Verleumdung von Mitgliedern des luxemburgischen Landtags eingeleitet. Diese Meldung ist nur eine Episode aus der religiösen Krise, die Luxemburg augenblicklich durchzumachen hat und die auf den ersten Blick für den mit dem politischen Leben nicht Betränten unerklärlich erscheint. Ist doch Luxemburg ein katholisches Land, dessen Bevölkerung von einer wahren tiefen Religiosität durchdrungen ist. Und doch darf sich augenblicklich ein Laiken Liberaler unterfangen, den Willen des ganzen Volkes mit Füßen zu treten. Man muß sich vor allem die parlamentarische Situation vor Augen halten: Die Regierung ist nicht ein Ausfluß der Kammer. Sie setzt sich zusammen aus einem Staatsminister, den die Krone ernannt, und aus drei Ministern, die nicht als drei Direktoren der verschiedenen Ressorts sind. Seit einem Vierteljahrhundert ist es Staatsminister M. Colson, der das Gleichgewicht zwischen den Parteien aufrecht zu erhalten sucht und je nach Bedürfnis die „unerbittlichen“ Mehrheiten für die Regierung zusammenbringt. Das Typisministersystem hat der liberal sozialistischen Gruppe schon manchen Erfolg gebracht. Dadurch übermäßig gemacht, hat sie jetzt eine zielbewusste katholische „Volksliste“ durchzuführen. Und doch handelt es sich um eine unbedeutende Gruppe von Abgeordneten, da in der Kammer auf 53 Abgeordnete nur 20 Liberale und 6 Sozialisten treffen, im ganzen 26 Stimmen, welche eine Mehrheit nicht erreichen. Katholische Abgeordnete sind es 13. Die anderen sind gemischt, aber kräftig farblos ministerielle Abgeordnete, welche jedoch bei den Abstimmungen den Ausschlag geben. Es sind Leute, von Katholiken gewählt, aber sie hängen den Mantel nach dem Wind. Dazu kommt, daß die luxemburgischen Katholiken in jenen Gegenden in denen nicht die Partei stramm organisiert ist, sich wenig um die Politik kümmern. Diese Sozialisten hat einer Reihe von Gemäßigten in die Kammer verholten. Dazu kommt, daß während 10 ländliche Wahlkreise 28 Abgeordnete in die Kammer schickten, die 3 größten industriellen Wahlkreise, also die von den Sozialisten und Liberalen beherrschten, durch 25 Abgeordnete vertreten werden, darunter 2 ausgesprochen kirchenfeindliche. Diese Lage erhält sich seit einigen Jahren unangetastet, nur macht sich ihre Minderheit für die Katholiken in neuester Zeit in hohem Grade fühlbar, besonders auf dem Gebiete der Schulausbildung. Bischof Koppes hat mit anerkennlichem Eifer auf diese Verhältnisse in Luxemburg einen Kulturkampf nach französischem Muster zu inszenieren hinbewiesen und jetzt haben die Urheber dieser Verfolgung den traurigen Mut, den Oberkerker wegen Verleumdung zu verlassen.

• **Gegen das österreichische Luzziterblatt.** „Oesterreichs katholisches Sonntagblatt“ veröffentlicht in seiner letzten Nummer ein Schreiben des Fürstbischofs Billi an die Redaktion, worin die Redaktion aufgefordert wird, sich in Zukunft der Kennzeichnung der kirchlich anerkannten Organisationen als von der Kirche nicht anerkannt und als nicht mehr katholisch oder weniger katholisch zu enthalten, da hierüber das Urteil der kirchlichen Autorität allein zusehe; widrigenfalls müsse er das Schreiben des Sonntagblattes als unkatolisch und die kirchlichen Interessen schädigend erklären.

• **Prinz Wilhelm in Wien** hat Potsdam verlassen und ist nach Rom abgereist, von wo er nach einigem Aufenthalt nach Wien reist. Wie von halbamtlicher Seite erklärt wird, darf angenommen werden, daß der Prinz die Bestimmungen, unter denen

anaphie des Grafen Julius Andrássy. Sie ist eine im ersten Andrássy'schen Familienarchiv aufbewahrte Briefe entnommen, in welchem Ludwig Toth, damals Sekretär des österreichisch-ungarischen Botschafters des Reichens, der Grafen seines Chefs (Grafen Andrássy) nach dessen Urteilen seine Anwesenheit mit Wien und in Salzburg — im Jahre 1877, während des russisch-türkischen Krieges — schildert. Er geht sehr nach Berlin, hatte Wilhelm in Andrássy geküßert, um einige Leute, nicht leicht auch Minister, mit denen er nicht zusammenarbeiten konnte, aus ihren Stellen aus zu entfernen. Er besorge nur, daß es dabei, wie meist in ähnlichen Fällen, Schwierigkeiten mit dem alten Herrn geben werde. „Der Kaiser freut mich immer.“ „Ja, kann Sie mir doch, nicht, was haben Sie neuen den Kaiser? Er hat Ihnen doch nichts getan.“ „Ich habe nichts getan.“ „antworte ich Er. Was hat ein Kaiser, als daß er dumme ist.“ „Ah, das“, entgegnete der Kaiser, „der Ihnen ist gleich jeder dumme. Ich weiß sehr wohl, daß Sie mich auch für dumme halten, aber ich bleibe doch mit meinem Vort.“

• **Merkelei Weltweit.** Es gibt Papisten, die im besten bei sehr niedrigen Temperaturen ordnen im 4. 2. Der Papisten Fernverkehr bei 70 Grad Celsius unter Null. — Das erste Panzergeschütz wurde im Jahre 1756 in Nordamerika erfunden. — Am 1. Oktober werden auf der ganzen Erde annähernd 1 1/2 Millionen Menschen beschlachtet. — Fast ein Drittel der amerikanischen Bevölkerung, etwa 50 Millionen, gehören der katholischen Religion an. — In Japan gibt es ein furchtbares Insekt, einen kleinen schwarzen Käfer, Tsumamushi genannt, der die „Tsumamushi-Krankheit“ verursacht. Der Tod resultiert vollständig dem eines bellenden Silberschnecken.

• **Eine moderne Familie.** „Sagen Sie, meine Schöne, in welchem Verwandtschaftsgrad stehen Sie eigentlich zu dem Herrn, der da in der Tanne ist?“ — O, es ist der vom. Mann der Frau meines ersten Gatten.“

